

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES  
DEPARTEMENT

~~PY/RL/TE/DIS/KI/BAIL/RZ~~

p.B.15.21.Ho.(3)  
p.B.72.9.15.1.-RK/he

Bern, den 18. März 1977

VERTRAULICH

An die diplomatischen Vertretungen in:

Brüssel	Belgrad	Stockholm
Sofia	Ottawa	Madrid
Kopenhagen	Luxemburg	Prag
Berlin/DDR	Den Haag	Ankara
Köln	Oslo	Budapest
Helsinki	Wien	Moskau
Paris	Warschau	London
Athen	Lissabon	Washington
Dublin	Bukarest	Tel-Aviv
Rom		

- An den ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- An den Schweizerischen Beobachter bei der UNO, New York
- Paris UNESCO
- An die Schweizerische Mission bei den internationalen Organisationen, Genf
- An die Schweizerische Delegation bei den internationalen wirtschaftlichen Organisationen, Genf

Kopien an:

Herrn Bundesrat P. Graber, Departementschef  
Herrn Botschafter A. Weitnauer  
Herrn Botschafter P.R. Jolles  
Herrn Botschafter R. Bindschedler  
Herrn Botschafter F. de Ziegler  
Herrn Botschafter E. Diez  
Herrn Botschafter A. Janner  
Herrn Botschafter M. Heimo  
Herrn Botschafter F. Rothenbühler  
Herrn Botschafter K. Jacobi  
Herrn Botschafter J. Iselin  
Herrn Botschafter A. Hegner  
Herrn Botschafter P. Gottret  
Frau Minister F. Pometta

KIDNAPERSCHEN POLITISCHES  
DEPARTMENT

p.B. 22.11.1972  
p.B. 22.11.1972

- Herrn Minister J. Cuendet
- Herrn M. Jaccard
- Herrn Minister J. Monnier
- Herrn Minister J. Zwahlen
- Herrn Minister Sommaruga (HA)
- Herrn E. Andres
- Herrn J.O. Quinche
- Herrn P. Stauffer
- Herrn F. Blankart
- Herrn C. Caratsch
- Herrn F. Nordmann
- Herrn A. Greber
- Herrn A. Saluz
- Herrn E. Bischof
- Herrn H. von Arx
- Herrn P.A. Troendle
- Herrn K. Wyss
- Herrn Oberst Mark (GGST, Op)
- Herrn J. Lugon (HA)
- Herrn A. Clerc (HA)

VERTRÄGLICH

An die diplomatischen Vertretungen in

Belgien	Brüssel
Österreich	Wien
Dänemark	Kopenhagen
Deutschland	Berlin/DDR
Frankreich	Paris
Italien	Rom
Japan	Tokio
Niederlande	Brüssel
Norwegen	Oslo
Polen	Warschau
Portugal	Lissabon
Schweden	Stockholm
Schweiz	Bern
Spanien	Madrid
Sowjetunion	Moskau
USA	Washington
Yugoslawien	Belgrad

- An den ständigen Vertreter der Schweiz bei der UNO, Straßburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- An den Schweizerischen Beobachter bei der UNO, New York
- Paris UNESCO
- An die Schweizerische Mission bei den internationalen Organisationen, Genéve
- An die Schweizerische Delegation bei den internationalen Organisationen, Genéve

Kopien an:

- Herrn Bundesrat E. Gähwiler, Departement für auswärtige Angelegenheiten
- Herrn Botschafter A. Weissenberg
- Herrn Botschafter E. R. Joller
- Herrn Botschafter R. Hiltbrunner
- Herrn Botschafter F. de Klerck
- Herrn Botschafter K. Bütz
- Herrn Botschafter A. Janner
- Herrn Botschafter M. Helms
- Herrn Botschafter F. Rothendörfer
- Herrn Botschafter K. Jacoby
- Herrn Botschafter J. Jodelin
- Herrn Botschafter A. Kemmer
- Herrn Botschafter F. Götter
- Herrn Minister K. Pommer

p.B.15.21.HO(3) - RK/ny  
p.B.72.9.15.

Bern, den 18. März 1977

VERTRAULICH

Besuch des Generalsekretärs des EPD, Botschafter A. Weitnauer,  
in Budapest, 22. - 26. Februar 1977

---

Herr Botschafter,

In der Beilage erhalten Sie die Aufzeichnungen über die Gespräche, die der Unterzeichnete während seines Besuches in der ungarischen Hauptstadt vom 22. bis 26. Februar dieses Jahres mit verschiedenen Persönlichkeiten der Aussenpolitik und der Wirtschaft geführt hat. Dabei steht der Besuch bei Aussenminister Frigyes ./. P u j a an erster Stelle. Obwohl es sich nur um einen protokollarischen Besuch handelte, sind die Aussagen Pujas aufschlussreich, denn sie gaben deutlicher als die Gespräche mit seinen Mitarbeitern im Aussenministerium den Ton und die Linie der ungarischen Aussenpolitik wieder, die darin besteht, durch eine hundertprozentige Ausrichtung auf Moskau gleichsam das Gegengewicht zur relativ "liberalen" Innenpolitik dieses Landes darzustellen. Dieses Kompensationsbedürfnis kommt in der Person Pujas fast symbolisch zum Ausdruck. Nach übereinstimmender Meinung westlicher Beobachter in Budapest kann sich Kadar seine landesväterlich-verständnisvolle Haltung im Innern ("Wer nicht gegen uns ist, ist für uns") nur leisten, wenn er nach aussen einen absolut moskautreuen Funktionär wie Puja gleichsam als Aushängeschild vorweisen kann, und zwar nicht nur nach Osten, sondern vor allem nach Westen, wo keine Illusionen über die Pakttreue Ungarns aufkommen sollen. Puja spielt diese Rolle bis zur Perfektion; jedenfalls sind allfällige Illusionen, die wir in diesem Zusammenhang vor unserem Besuch hegen mochten, nach dem Gespräch mit dem Aussenminister gründlich verfliegen ... .

./.

Die Gespräche mit Staatssekretär Pal R a c z und Vizeausserminister Janos N a g y im Ausserministerium waren denn auch vorwiegend eine etwas gemässigte Wiederholung der Aussagen Pujas.

Das Gespräch mit Racz machte trotz allen Beteuerungen des Staatssekretärs über die "nationale Identität" Ungarns auch in Detailfragen deutlich, wie beschränkt der Handlungsspielraum dieses Landes in aussenpolitischen Fragen ist. Dies äusserte sich nicht zuletzt in den "Pflichtübungen" des Staatssekretärs zu den MBFR, den Vorschlägen der Sowjetunion zur Abrüstung und zu Korb II (Kongresse über Energie, Transport und Verkehr) und des Warschauer Paktes zur Frage der Atomwaffen. Eine Nuancierung wäre allenfalls darin zu sehen, dass die ungarische Unterstützung für alle diese Vorschläge ohne jede Begeisterung vorgetragen wurde ... . Positiv festgehalten zu werden verdient ferner die Person des Staatssekretärs, der einer neuen Generation von hohen Funktionären von Partei und Staat angehört, die von den Schatten der schweren ungarischen Vergangenheit nicht mehr so geprägt ist wie die Generation, die den Krieg und die unmittelbare Nachkriegszeit bis und mit 1956 noch aktiv erlebt hat. Diese neue Generation ist durch grössere Weltoffenheit und Selbstsicherheit gekennzeichnet, allerdings auch durch eine stärkere ideologische Prinzipientreue. Man merkt, dass diese Generation mit dem Kommunismus gross geworden ist und dem Regime alles verdankt. In Ungarn ist der "Glaube" dieser Funktionäre an ihre Sache womöglich noch echter als in den andern Oststaaten, denn im Gegensatz zu ihren slawischen Nachbarn geht den Magyaren die Kunst der Verstellung ab.

Das Gespräch mit Vizeminister Nagy drehte sich fast ausschliesslich um die bilaterale Durchführung der Schlussakte von Helsinki.

- 3 -

Ungarn hatte uns am Tage vor Weihnachten 1976 eine "Wunschliste" von insgesamt 25 Vorschlägen zu fast allen Bereichen der Schlussakte zugestellt, die wir bei Gelegenheit des Besuches in Budapest mündlich beantworteten. An eine schriftliche Antwort ist nicht gedacht.

Insgesamt 18 westliche und neutrale Staaten (alle NATO-Staaten mit Ausnahme Luxemburgs sowie die vier Neutralen) haben im Laufe des Jahres 1976 derartige Listen erhalten, die sich in ihrem Grundgehalt stark ähneln, aber je nach Bestimmungsland besondere Wünsche enthalten. Da die Schweiz als eines der letzten, wenn nicht überhaupt als letztes dieser Länder zum Zuge kam, konnte Ungarn in unserem Falle bereits (vorwiegend negative) Reaktionen anderer angesprochener Staaten berücksichtigen, sodass die an uns gerichtete Liste wesentlich ausgewogener und weniger fordernd ausfiel als die vorangegangenen. Es fiel uns daher relativ leicht, nach Rücksprache mit den betroffenen Stellen des Departements und der Bundesverwaltung eine erste Antwort zu erteilen. Die Ungarn schienen von der detaillierten, wenn auch zu nichts verpflichtenden Antwort der Schweiz sehr beeindruckt. Wie Budapest die von ihm aufgeworfenen Fragen weiter behandeln will, ist noch offen.

Wie andere Oststaaten benützt auch Ungarn bei aller Treue zu Moskau die Gelegenheit, um unter dem Deckmantel der KSZE seine Beziehungen zu den nichtkommunistischen Staaten Europas auszubauen. Die 18 "ungarischen Listen" waren nur das sichtbare äussere Zeichen dieser Bemühungen. Ungarn ist das einzige Land des Warschauer Paktes, welches eine derartige bilaterale "Offensive" im Nachgang zu Helsinki unternahm. Es ist angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse offensichtlich, dass Ungarn eine solche umfassende Operation - die, wie man hört, von Aussenminister Puja persönlich bis ins letzte Detail überwacht wurde - nur mit dem Segen Moskaus unternehmen konnte. Es wäre hingegen falsch, deswegen anzunehmen, es hätte dies im Auftrage des Kreml getan. Die

- 4 -

Initiative ging eindeutig von Budapest aus, wie denn auch die meisten Vorschläge spezifisch ungarische Desiderata enthalten. Offenbar passte jedoch diese Initiative in das Moskauer Nach-Helsinki-Konzept, sei es weil die ungarischen Vorschläge die vom Osten immer wieder in den Vordergrund gestellte bilaterale Durchführung der Schlussakte unterstreichen, sei es dass durch diese Liste ein Gradmesser aufgestellt wurde, an welchem in Belgrad der "Entspannungswille" der westlichen Staaten - so wie ihn der Osten versteht - abgelesen werden kann. Soweit wir informiert sind, haben die meisten der angesprochenen Staaten, vor allem die Neutralen, in der gleichen unverbindlichen Art geantwortet wie wir. Die Hauptforderungen Ungarns - zum Beispiel die Abgabe einer feierlichen Erklärung als bilaterale Bekräftigung der Prinzipien von Helsinki oder die Schaffung spezieller bilateraler Ausschüsse zur Vorbereitung der Belgrader Konferenz - wurden unseres Wissens von keinem Staat angenommen. Eine Kurzfassung der Liste und unserer Antworten liegt bei. Die Ausführlichen Antworten können von den Aussenposten auf Wunsch separat zugestellt werden.

Deutlich zum Ausdruck kam auch der ungarische Wunsch, die Kontakte auch auf politischer Ebene auszubauen, vor allem durch vermehrte gegenseitige Besuche. Wir machten die Grenzen klar, die unserer Aktivität in dieser Hinsicht gesetzt sind, und stiessen damit auf ein gewisses bedauerndes Verständnis.

./.. Das Gespräch mit Staatssekretär Bela Szalai im Aussenhandelsministerium drehte sich in erster Linie um allgemeine Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Weltwirtschaft (siehe Beilage).

Am Rande des Besuches ergab sich auch Gelegenheit zu Gesprächen mit weiteren ungarischen Persönlichkeiten wie etwa mit dem Präsidenten des ungarischen Instituts für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland, Botschafter Rudolf Ronai und dem Vizepräsidenten der Nationalbank, Fekete.

- 5 -

Im Nachgang zu den Gesprächen mit Vizeminister Nagy fand ein KSZE-Gespräch auf Expertenebene statt, bei welchem von schweizerischer Seite die Herren Ernst Andres und Hansjörg Renk vom Politischen Departement beteiligt waren. Gesprächspartner auf ungarischer Seite waren der zuständige Abteilungsleiter Petran sowie sein Mitarbeiter Banyasz. Die Diskussion drehte sich vor allem um die gegenseitigen Vorbereitungen auf Belgrad. Petran erkundigte sich insbesondere über unser Streit-schlichtungssystem, wobei er die bekannten Gegenargumente wiederholte. Die schweizerische Seite benützte die Gelegenheit, um auf die Wünschbarkeit einer Verbreitung schweizerischer Tageszeitungen in Ungarn hinzuweisen (selbst in den internationalen Hotels, wo einige führende westliche Blätter zum Verkauf auf-liegen, ist keine einzige schweizerische Zeitung zu haben). Dieser Wunsch wurde nur mit vagen Versprechungen (geplante 80 Verkaufsstellen für ausländische Zeitungen im ganzen Land) erwidert. Hervorgehoben wurde auch, dass eine ausländische Zeitung 10 bis 20 Mal so teuer ist wie eine ungarische.

Von schweizerischer Seite wurde schliesslich die Frage nach der ungarischen Praxis der Manöverankündigung gestellt. Ungarn hatte im vergangenen Jahr zwei Manöver angekündigt, die beide unter der von der Schlussakte vorgesehenen Schwelle von 25'000 Mann lagen. Die Ankündigung erfolgte jedoch äusserst kurzfristig (eine davon nur zwei Stunden vor Manöverbeginn) und nur an die in Budapest residierenden Militärattachés. Die ungarischen Gesprächspartner waren bei diesem Thema offensichtlich verlegen; man hatte den Eindruck, dass auch andere Staaten diese Frage aufgeworfen hatten. Es wurde beteuert, dass Ungarn aus seiner bisherigen Praxis keine "Philosophie" machen werde. Das letztjährige Verhalten wurde mit Anlaufs- und Koordinations-schwierigkeiten begründet. Von schweizerischer Seite wurde auf die Bedeutung des Zeitelements (drei Wochen Ankündigungsfrist) für die Vertrauensbildung hingewiesen.



(A. Weitnauer)

Vertraulich

Gespräch Generalsekretär A. Weitnauers mit Aussenminister  
Frigyes Puja (P)

---

Budapest, 24. Februar 1977

P beginnt das Gespräch mit einem langen, starke ideologische Akzente setzenden und stellenweise in lehrhaftem Ton vorgetragenen Monolog über Détente und die Belgrader Nachfolgekonzferenz, zwei Problemkreise also, an denen Ungarn und die Schweiz gleichermaßen interessiert seien. Er holt dabei weit aus und erinnert an die 50er und frühen 60er Jahre, als ein Dialog zwischen den beiden Lagern noch gar nicht möglich oder, wenn er ausnahmsweise doch stattfand (Gipfelkonferenz 1960), von vorneherein zum Scheitern verurteilt war. Erst die Lösung der Deutschland-Frage habe den Kalten Krieg beendet und den Weg zur Détente freigelegt. Dieser von den sozialistischen Staaten immer wieder vorexerzierten Entspannungspolitik sei es schliesslich zu danken, dass die KSZE und die Abrüstungskonferenz überhaupt zustande kamen. Trotzdem wäre es nach ungarischer Auffassung unklug, in Helsinki bzw. Belgrad übertriebene Hoffnungen zu setzen. Es handle sich hier um einen langfristigen Prozess, der nicht diskriminatorisch durchgeführt und aus dem keine integralen Bestandteile herausgelöst werden sollten.

Dasselbe trifft nach P für die Abrüstungskonferenz zu, die, obwohl von hoher Priorität, sich nicht über Nacht verwirklichen lasse. Die sozialistischen Staaten im allgemeinen und Ungarn im besonderen setzten sich unentwegt für eine totale Abrüstung ein; die NATO sei demgegenüber nur auf Detaillösungen bedacht und auch hier nur auf dem atomaren Sektor. Bei den konventionellen Waffen rüstete sie sogar auf, während der Ostblock unilaterale Reduktionsmassnahmen getroffen habe. Trotzdem hofft Ungarn, dass SALT II und

eventuell SALT III, sowie schliesslich auch die Wiener MBFR-Gespräche, erfolgreich verlaufen werden. Man teilt hier nicht die kürzlich vom jugoslawischen Aussenminister Minic in Wien geäusserte Meinung, dass die MBFR bisher ohne Resultat geblieben seien und neigt eher der Auffassung des Leiters der Politischen Abteilung im Bonner Aussenamt, Van Well (der am 20. Januar in Budapest weilte) zu, wonach die Wiener Gespräche "ihre Existenz gerechtfertigt hätten". Jedenfalls seien beiderseits Konzessionen gemacht worden, und das nicht nur in Detail- sondern in grundsätzlichen Fragen.

Unter den Neutralen bestehe die Tendenz, das Thema Abrüstung in Belgrad zur Sprache zu bringen, während die Vertreter der Dritten Welt den ganzen Fragenkomplex vor die UNO bringen möchten, in der Hoffnung, dadurch den Lauf der Dinge mitbestimmen zu können. Nach F wäre ein solches Vorgehen naiv und solange wirkungslos, als die beiden Supermächte sich nicht untereinander zu einigen vermögen. Viel hänge nun von der weiteren politischen Entwicklung in der BRD sowie der Haltung der Administration Carter ab, in die Ungarn nicht geringe Hoffnungen setzt. Es sei aber klar, dass der politischen Entspannung in Helsinki über kurz oder lang eine militärische folgen müsse, was jedoch Geduld und Ausdauer erfordere.

Anlässlich der Belgrader Nachfolgekonferenz sollte nach ungarischem Dafürhalten allen drei Körben gleiches Gewicht beigegeben werden und nicht einzelne "unwichtige" Detailfragen aus dem Ganzen herausgelöst werden. Leider nähmen aber die NATO-Länder (als ob wir dazu gehörten!) bezüglich Korb III eine negative Haltung ein: sie klammern sich an die Visumpflicht und werden den sozialistischen Ländern vor, in punkto Emigration, Familienzusammenführung, Informationsaustausch etc. den Geist von Helsinki nicht zu erfüllen. Dabei lebe gerade Ungarn in diesen Belangen den Bestimmungen der Schlussakte strikte nach. Jeder, der es wolle, könne in Ungarn ausländische Nachrichtensender abhören oder TV-Sendungen empfangen - das österreichische TV-Programm werde in Ungarn sogar publiziert - und

100 ausländische Zeitungen mehr oder weniger "machen auch nichts mehr aus".

Was schliesslich die gegenwärtig viel strapazierten "Menschenrechte" anbelangt, so habe man in Budapest dem Westen gegenüber schon tausendmal auseinanderzusetzen versucht, dass der östliche und westliche Freiheitsbegriff nicht identisch seien und die sozialistischen Länder infolgedessen nicht untätig zusehen werden, wenn das Ausland ihnen eine fremde Begriffsinterpretation aufoktroyieren wolle. Mit gleichem Recht könnte er, Puja, seinen Botschafter in Washington mit einer Démarche zugunsten der diskriminierten amerikanischen Frauen und Schwarzen beauftragen oder die ungarische Botschaft in London anweisen, bei der britischen Regierung gegen die in England herrschende Arbeitslosigkeit zu protestieren, wo doch das Recht auf Arbeit allgemein verbrieft sei. Das wäre aber Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines andern Staates, die zu nichts führen würde und darüber hinaus dem Geiste von Helsinki widerspräche. Genau das aber tue der Westen, mit der löblichen Ausnahme von Frankreich (gemeint ist offenbar die abweisende Haltung der französischen Regierung im Fall Amalrik), wenn er jetzt die Dissidentenfrage über Gebühr hochspiele. Dabei handle es sich sowohl beim polnischen sogen. "Arbeiterschuttkomitee" als auch den Unterzeichnern der Prager "Charta 77" um eine "Handvoll lärmender Leute", die sich wichtig zu machen versuchten und die in keiner Weise die Meinung des Volkes widerspiegeln. Wenn sich in Ungarn ein paar Intellektuelle mit den Prager "Bürgerrechtlern" solidarisch erklärten, ohne eine Ahnung davon zu haben, was in der CSSR wirklich vorgeht, so sei das ihre Privatsache und gehe die Regierung nichts an. Andererseits könne nicht akzeptiert werden, dass etwa das westdeutsche Fernsehen mit dem renommierten ungarischen Dichter Tibor Déry ein Interview aufnehme, dieses aber in der Folge vom Programm absetze, nur weil Déry die ungarischen Petitionäre als "unseriös" bezeichnet hat. Auf diese Weise würden von einem Teil der westlichen Presse und Massenmedien Vereinbarungen der Schlussakte, die der Entspannung und Zusammenarbeit dienen sollten, zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten sozialistischer

Länder missbraucht, wo doch die KSZE-Schlussakte ausschliesslich Sache der Regierungen sei und es in Belgrad allein darum gehen könne, die in Helsinki festgelegten Prinzipien zu verwirklichen.

In diesem Zusammenhang unterstreicht P, dass der ideologische Kampf trotz Helsinki und Belgrad weitergehen werde, auch wenn es nicht Absicht der sozialistischen Länder sei, die "westlichen Ministerien zu überzeugen". Wie die Allianz der Sowjetunion mit den westlichen Alliierten im Zweiten Weltkrieg gezeigt habe, können, ja müssen die beiden Lager trotzdem miteinander kooperieren. Sollte es nämlich in Europa zu einer kriegerischen Auseinandersetzung kommen, würde diese zweifellos mit Atomwaffen ausgetragen. Eine atomare Konfrontation aber würde für uns alle den Untergang bedeuten.

Abschliessend erklärt sich P mit dem Stand der bilateralen Beziehungen Schweiz - Ungarn zufrieden. Zwar seien die beiden Länder bezüglich der "Begegnungen auf Regierungsebene" im Rückstand, doch könne er für die besondere Situation der schweizerischen Verwaltung Verständnis aufbringen. Er lässt Bundesrat Graber grüssen und wiederholt die bereits früher ausgesprochene Einladung zu einem Besuch in Ungarn - "wenn sich Gelegenheit dazu bietet".

Botschafter Weitnauer verzichtet in seiner Replik darauf, die Argumentation des ungarischen Aussenministers zu widerlegen und beschränkt sich auf die Darlegung des schweizerischen Standpunktes. Er verweist insbesondere auf den grundlegenden Unterschied zwischen den beiden Ländern, der sich aus der Blockzugehörigkeit des einen und der Neutralität des andern ergibt, wobei die letztere, sowie sie von der Schweiz verstanden wird, keineswegs Inaktivität bedeutet. Allerdings hat sich die schweizerische Regierung in ihrer Aussenpolitik einer gewissen Zurückhaltung zu befleissigen, was es ihr andererseits wiederum ermöglicht hat, in Helsinki und demnächst in Belgrad eine nützliche Rolle zu spielen.

p.B.72.9.15.1. - RK/ham

Berne, le 11 mars 1977

Entretiens de Monsieur l'Ambassadeur Albert Weitnauer  
avec Monsieur Pál RÁCZ, Secrétaire d'Etat aux  
Affaires Etrangères  
Budapest, 23 février 1977

---

1. Politique étrangère de la Suisse et de la Hongrie

Monsieur Weitnauer

Donne un exposé sur la neutralité suisse et sur notre activité en politique étrangère en général.

Monsieur Racz

Relève que les conditions historiques de la Hongrie étaient moins favorables que celles de la Suisse (occupations successives par les Turcs et les Autrichiens, etc. qui constituent un lourd héritage). En ce qui concerne la défense, la situation générale a changé ces dernières années. On ne peut plus défendre un pays uniquement par les armes, il faut des moyens politiques. Si jamais une situation de guerre mondiale se dessinait à nouveau, il serait difficile d'imaginer qu'un pays puisse rester à l'écart, comme la Suisse a pu le faire pendant les deux guerres mondiales. C'est pour cette raison que même des petits pays doivent contribuer à l'effort de la détente.

En ce qui concerne l'opinion publique, la Hongrie a fait de mauvaises expériences dans le passé avec des influences venant de l'étranger, car ceux-ci ne transmettaient pas seulement des opinions mais des falsifications et calomnies. Il y a une contradiction dans le fait que les Etats se montrent disponibles mais que les media ne suivent pas. Tôt ou tard se pose la question des limites, jusqu'où on peut aller. La presse hongroise ne se permet pas d'attaquer

- 2 -

d'autres pays et de répandre de fausses nouvelles. La presse peut causer des dommages à la détente; il y a là un phénomène négatif qui se manifeste et qui peut nuire à la coopération entre Etats.

En ce qui concerne ses pays voisins, pour la première fois dans l'histoire, la Hongrie est en bon terme avec tous. Tout en étant membre du Pacte de Varsovie et du CEAM, la Hongrie suit une politique étrangère animée de disponibilité. Dans ce sens elle espère que les relations entre la Suisse et la Hongrie puissent renforcer la détente.

## 2. CSCE / Mise en oeuvre de l'Acte Final

### Monsieur Weitnauer

Relève que les super-puissances détiennent la clé de la vraie détente qui n'est pas imaginable sans désarmement. Aussi longtemps que celui-ci n'est pas réalisé, nous n'avons pas de raison de changer notre politique de défense armée. La détente n'a pas fait de grands progrès. L'Acte Final ne l'a pas amenée par sa seule existence, mais il est un instrument de la détente dont les Etats participants doivent se servir.

### Monsieur Racz

Il est difficile de mesurer les progrès de la détente. Des problèmes ont pu être résolus ces dernières années qui n'ont pas trouvé de solution pendant longtemps. Tout n'a pas été résolu, on ne peut pas se contenter de répéter ce qu'on a fait. Helsinki est un programme à long terme qui ne peut pas être mis en oeuvre en quelques années. Nous considérons que le rythme d'application est acceptable. Nous considérons l'Acte Final comme un tout et nous ne sommes pas d'accord avec les tendances qui veulent faire ressortir certaines parties. Nous sommes pour une application intégrale, mais celle-ci demandera du temps.

- 3 -

Les deux super-puissances ont une responsabilité spéciale, mais cela ne veut pas dire que les autres pays ne puissent pas apporter leur contribution. Les élections en RFA et aux USA ont un peu ralenti la détente mais depuis, nous constatons une relance. Nous espérons que les forces réalistes prévalent.

Dans les divers domaines de l'Acte Final, la Hongrie a pris les mesures suivantes:

a) unilatéral

- L'Acte Final a été publié en 140'000 exemplaires.
- Une commission interministérielle a été créée.
- Les déplacements des touristes hongrois ont été facilités.
- Deux manoeuvres militaires ont été annoncées en dessous du seuil des 25'000 .
- Les journalistes étrangers peuvent obtenir un visa dans les 48 heures et peuvent circuler librement sur tout le territoire.
- Des journalistes étrangers ont été invités à participer à des débats télévisés.

b) bilatéral

- Des propositions spécifiques ont été envoyées à 18 pays non communistes

c) multilatéral

- La Hongrie attache une grande importance aux 3 propositions soviétiques (énergie, transports, environnement). La conférence de Belgrade pourrait s'en occuper.

Monsieur Racz relève pour terminer que la Suisse et les autres pays neutres appliquent l'Acte Final d'une manière "positive".

### 3. La réunion de Belgrade

#### Monsieur Racz

La réunion de Belgrade devrait avoir un caractère consultatif et constituer une étape intermédiaire dans le processus de la coopération. Le niveau de représentation se situerait au maximum à celui des vice-ministres et au minimum à celui des ambassadeurs. L'ordre du jour devra traiter de l'application de l'Acte Final ainsi que de mesures ultérieures de développement de la détente.

La réunion de Belgrade ne devra pas donner lieu à des débats qui nuiraient au fond des idées. Il ne faut pas songer d'aller au-delà de l'Acte Final. Il faudra éviter des reproches réciproques. La conférence devrait se dérouler dans un cadre simple et ne pas apporter de modifications à l'Acte Final. Une nouvelle rencontre du genre de Belgrade pourrait avoir lieu dans quelques années. En ce qui concerne le document à établir à la fin de la réunion, la Hongrie n'a pas encore d'idée précise, mais elle le verrait plutôt comme un genre de communiqué.

En ce qui concerne la proposition suisse de règlement pacifique des différends, la Hongrie serait prête à adhérer à un tel traité, à condition qu'il soit beaucoup plus souple que le projet actuel et qu'il se base sur l'art. 33 de la Charte des Nations Unies qui laisse aux partenaires le choix des moyens. Il faut le consentement des participants à un conflit; une demande unilatérale d'une des parties ne suffit pas. Ce serait contraire à la souveraineté. En outre on ne peut pas séparer rigidement les conflits justiciables et non-justiciables.

#### 4. Détente militaire

##### Monsieur Racz

Une vraie détente n'est possible que si elle est complétée par la détente militaire. Il faut supprimer l'armement en commençant par les armes nucléaires. La Hongrie apprécierait si la Suisse pouvait participer plus activement aux initiatives de désarmement étant donné son prestige. Même étant en dehors des Nations Unies, la Suisse a des possibilités d'agir.

##### a) Proposition du Pacte de Varsovie

C'est une initiative constructive qui mérite une attention plus grande. Nous sommes malheureux du refus précipité de l'OTAN. La proposition n'était pas uniquement destinée à elle, mais à tous les signataires de l'Acte Final. La question n'est donc pas close, elle reste à l'ordre du jour. Elle intéresse tous les pays d'Europe, même ceux qui n'ont pas d'armes nucléaires.

##### b) MBFR

La Hongrie occupe aux négociations de Vienne un statut particulier comparable à celui de l'Italie. Une inclusion unilatérale aux MBFR constituerait une entrave aux intérêts nationaux et à ceux du Pacte de Varsovie. Les pays socialistes cherchent des solutions mutuellement acceptables. Leur position s'est rapprochée de celle de l'OTAN. Les mesures de limitation ne doivent pas porter atteinte à la sécurité des uns et des autres. Les réductions doivent être réciproques et égales. Mais l'OTAN vise à changer ce rapport des forces et d'en tirer des avantages unilatéraux. Les rapports de forces en Europe centrale sont caractérisés par l'équilibre. Il s'agit de le maintenir. L'OTAN ne compte que les troupes terrestres, elle demande aux pays de l'Est une réduction trois fois plus grande que celle qu'elle est prête à offrir elle-même. Les pays du Pacte de Varsovie ont fourni des données, mais l'OTAN

- 6 -

n'a pas inclus dans les siennes les troupes françaises stationnées dans la zone de réduction (RFA). Si on les compte, il n'y a pratiquement plus de différence. Une réduction asymétrique est inacceptable.

L'OTAN exagère en outre l'importance du facteur géographique. Elle part de la possibilité d'un conflit en Europe centrale, mais un tel conflit irait au-delà de la zone de réduction. Le facteur géographique ne compte donc pas. D'autres facteurs sont plus importants: population, potentiel économique. En dehors de la zone, les pays de l'OTAN disposent de forces considérables.

#### Monsieur Weitnauer

Relève que la neutralité nous impose une certaine retenue. Nous ne voulons pas émettre des vues partiales qui envenimeraient la situation. Nous avons insisté pour que le CCD reste à Genève, surtout à cause de la valeur symbolique de cette ville pour le désarmement. Ce qui nous semble envenimer l'atmosphère internationale c'est la méfiance réciproque. Mais nous croyons dans les mérites du dialogue.

#### 5. Droits de l'homme et idéologie

#### Monsieur Weitnauer

Sur les efforts de rapprochement entre nos pays plane une atmosphère causée par le fait que dans certaines notions fondamentales, nos vues ne concordent pas. La philosophie prévalante dans le camp socialiste veut que la société telle que nous la connaissons doit disparaître. La lutte idéologique-philosophique connaît d'avance les vainqueurs et les vaincus.

Nous ne voulons pas non plus à Belgrade de tribunal ou procès qui dégénère en querelles inutiles. Mais il faut une discus-

sion franche avec une volonté sous-jacente de continuer et de remplir de substance la coopération. Il y a des éléments nouveaux comme la "Charte 77" qui évoquent un intérêt considérable chez nous, même s'il ne s'agit que de groupes peu importants. Mais les communistes aussi ont commencé comme une minorité. Nous n'exagérons nullement l'importance de ces mouvements. L'intérêt de l'opinion publique de l'Europe occidentale pour eux est compréhensible et dès lors pardonnable. Il serait mieux, au lieu de condamner ces gens, d'aller en avant et d'engager une discussion sur tous les points contenus dans l'Acte Final, y compris les droits de l'homme.

### Monsieur Racz

La Hongrie n'est pas seule en Europe orientale. Nous sommes avec nos amis, tout en maintenant notre identité nationale. Les questions idéologiques ne doivent pas troubler la coopération entre Etats, mais il y a des forces en Occident qui voudraient profiter des divisions idéologiques pour saper la coopération sur notre continent. Dans les pays socialistes, personne n'attaque l'Acte Final à part certains individus qui disent que nous sommes allés trop loin dans la coopération avec les pays capitalistes. Mais ces gens n'ont pas de force. Notre presse ne peut pas mettre en doute la détente. La lutte idéologique, ou si vous préférez, la confrontation des idées est un fait objectif qui ne peut pas être arrêté par une décision. Nous pensons que notre idéologie peut établir la coexistence pacifique. C'est l'histoire qui déterminera l'issue finale...

Il y a 15 ou 20 ans les différences idéologiques existaient déjà, mais sous des conditions de guerre froide. Depuis, l'atmosphère a changé. Les tensions dans le monde ne sont pas le résultat de différences idéologiques (Vietnam, Moyen-Orient, Afrique australe - les combattants rhodésiens n'ont peut-être jamais entendu parler de Marx).

Monsieur Weitnauer

C'est peut-être vrai, mais il y a la notion du pouvoir, de la puissance qui sont les moteurs de l'histoire. Plus on en a, plus on a tendance d'en abuser, tant du côté militaire que du côté économique.

Monsieur Racz

Il ne faut pas confondre les droits de l'homme avec les relations interétatiques, il ne faut pas mélanger cela avec la lutte idéologique, car à ce titre on pourrait aussi mentionner un tas de problèmes dans les pays occidentaux. Mais nous ne voulons pas faire cela. En Hongrie, personne n'est arrêté pour avoir discuté.

Monsieur Weitnauer

Rappelle le fait que l'Acte Final a élevé les droits de l'homme au rang de principe interétatique.

Monsieur Racz

En Hongrie, 40 % de la population a pu voyager à l'étranger l'année dernière. Mais il y a des pays où il faut remplir 40 questions pour obtenir un visa d'entrée.

## 6. Situation économique

Monsieur Racz

La Hongrie est très intéressée à l'évolution de l'économie mondiale puisqu'elle en ressent toutes les répercussions immédiatement. 50 % du produit national brut proviennent du commerce extérieur. Ne disposant pas de matières premières la Hongrie doit produire 25 % de plus en valeur pour chaque denrée importée.

- 9 -

Nous ne sommes pas intéressés à un chaos dans le monde capitaliste car l'histoire enseigne que des crises économiques peuvent être exploitées par des forces d'extrême-droite.

Malgré l'appartenance de la Hongrie au GATT, la majorité des pays occidentaux, notamment ceux de la communauté, ont introduit des discriminations envers nous. En ce qui concerne la Suisse, la Hongrie se félicite de la coopération réjouissante entre nos banques.

Monsieur Weitnauer

Nous sommes convaincus que l'économie occidentale est restée parfaitement saine, y compris celle de la Suisse. On peut compter sur les USA, la RFA et le Japon pour remonter la pente. Le libre-échange n'est pas possible avec un autre système économique.

Monsieur Racz

Nous en sommes conscients mais cela ne devrait pas empêcher la coopération.

Vertraulich

Gespräch Generalsekretär Weitnauers mit Béla Szalai (S),  
Staatssekretär im Aussenhandelsministerium

---

Budapest, 23. Februar 1977

S hat seinerzeit mit Botschafter Probst das Wirtschaftsabkommen vom 30. Oktober 1973 ausgehandelt und ist daher, obwohl nicht mehr direkt für unser Land zuständig, über Stand und Entwicklung des schweizerisch-ungarischen Handelsaustausches, dem er hohe Bedeutung beimisst, bestens informiert. Dank weitgehender schweizerischer Importliberalisierung wickelt sich nach S der Wirtschaftsverkehr zwischen den beiden Ländern ohne grosse Probleme und ohne Streitigkeiten auf Behördenebene ab. Ungarn wünscht aber eine Intensivierung dieser Beziehungen, besonders auf dem Gebiet der Zusammenarbeit, die behördlicherseits stärker gefördert und nicht allein, wie bisher, der Initiative einzelner Firmen überlassen werden sollte.

Da Ungarn 50% seines Energiebedarfes importieren muss, stellt S die Frage, ob die Schweiz allenfalls bereit wäre, auf Dritt-märkten, d.h. in den ölproduzierenden Entwicklungsländern, gemeinsame Kooperationsprojekte (joint ventures) auszuführen. Ungarn hat auf diesem Gebiet allerdings noch wenig Erfahrung und wäre daher auf schweizerisches "Know-how" und wohl auch auf unsere Finanzhilfe angewiesen.

Allgemein ist Ungarns Exportgüterpalette nach S zu wenig differenziert und zu einseitig auf landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe ausgerichtet. Die ungarische Exportwirtschaft bemüht sich aber, in verstärktem Masse auch konkurrenzfähige und qualitativ zufriedenstellende Halb- und Fertigprodukte im Westen anzubieten. Trotzdem erwartet man im Aussenhandelsministerium - S bezieht sich

dabei auf ein angebliches, mündliches Versprechen von Botschafter Probst -, dass die Schweiz grössere Mengen ungarischer Agrarprodukte (die noch immer 25% des Gesamtexportvolumens Ungarns ausmachen) importiere, um damit die stark zu unseren Gunsten neigende "Agrarbilanz" etwas auszugleichen. (Die quantitativen Restriktionen auf dem Fleisch- und Weinsektor werden von S nicht erwähnt.)

Botschafter Weitnauer weist demgegenüber auf den wachsenden Selbstversorgungsgrad der schweizerischen Landwirtschaft und deren gesamtpolitische und soziologische Bedeutung hin. Sollte die bevorstehende MWSt-Volksabstimmung negativ verlaufen, könnte sich jedoch eine Situation ergeben, in der wir uns, zu weiteren drastischen Einsparungen gezwungen, wieder vermehrt auf billigen Auslandsmärkten umsehen müssten.

Neue Impulse für den schweizerisch-ungarischen Handelsaustausch erhofft sich S aber nicht von der Landwirtschaft, sondern von den bereits erwähnten Kooperationsabkommen (auch wenn er sich Rechenschaft gibt, dass in unserem freien Marktwirtschaftssystem die Behörden nur "ermutigend" eingreifen können). Er nimmt dabei einen pragmatischen Standpunkt ein und empfiehlt, dort zu beginnen, wobei die beiden Partner bereits über genügend Erfahrungen verfügen, d.h. also praktisch beim Kauf und Verkauf (Beispiel Ciba-Geigy). Zu komplizierte Zusammenarbeitsprojekte seien für den Anfang nicht geeignet. Auch könnten schweizerische Firmen - dies auf eine entsprechende Frage von Botschafter Weitnauer - jetzt in Ungarn direkte Zweigniederlassungen (sogen. gemischte Gesellschaften) gründen, wobei der Anteil des ungarischen Partners in der Regel mindestens 51 % erreichen soll. Gewinntransfer ist grundsätzlich möglich.

Obwohl Ungarn aus dem Comecon-Handel grössere Vorteile zieht als aus dem Westhandel - quasi unerschöpfliche und billige Rohstoffquellen, stabilisierend wirkende Fünfjahrespläne, hohe Serien ermöglichender Grossraummarkt, günstige Terms of Trade -, misst S doch dem Ausbau der Handelsbeziehungen mit den "kapitali-

stischen" Ländern vitale Bedeutung bei. Er teilt unseren gemässigten Optimismus bezüglich der Ueberwindung der gegenwärtigen Stagnation in der Weltwirtschaft (allerdings nicht vor 1978) und ist mit uns der Auffassung, dass ein Erfolg der Détente das bei manchen schweizerischen Kaufleuten und Firmen noch immer latent vorhandene Misstrauen abbauen und sich somit stimulierend auf den West-Ost-Handel auswirken wird.

Auch wenn, was S einzusehen scheint, gegenwärtig die Schaffung eines Freihandelsraumes zwischen Ungarn und der Schweiz wegen der grundsätzlich verschiedenen Strukturen der beiden Wirtschaftssysteme nicht in Frage kommt, so gibt die ungarische Seite, unter Hinweis auf die guten Erfahrungen mit dem Freihandelsabkommen mit Finnland, die Hoffnung nicht auf, in näherer oder fernerer Zukunft mit den nicht-EG-gebundenen westeuropäischen Ländern eine Regelung zu finden, die einen ungehinderten gegenseitigen Handelsaustausch - gemeint ist wohl ein freier Export ungarischer Güter in den EFTA-Raum - ermöglichen würde.

p.B.72.9.15.1. - RK/ham

Berne, le 16 mars 1977

Résumé des propositions hongroises du 23 décembre 1976  
(soulignées dans le texte) ainsi que des réponses orales  
données par M. l'Ambassadeur A. Weithauer  
au Vice-ministre Nagy, le 24 février 1977

---

- A/1 Contacts réguliers entre MAE sur CSCE: Réponse positive, mais sans engagement précis.
- A/2 Commission mixte instituée par l'Accord commercial de 1973:  
Peut s'occuper de l'ensemble de la corbeille II.
- A/3 Mention de l'Acte Final dans des documents bilatéraux: D'accord lorsque cela se justifie.
- B/1 Restrictions quantitatives en violation de l'art. XIII GATT:  
Le problème ne nous touche pas.
- B/2 Programme à long terme entre l'OSEC et partenaires hongrois:  
Réponse positive.
- B/3 Coopération entre unités économiques: Réponse positive.
- B/4 Accord scientifique et technique: Arrangement entre l'Office fédéral de la Recherche et de la Science et l'Académie Hongroise des Sciences en route.
- B/5 Echange d'informations sur l'environnement: Réponse positive.
- B/6 Projets de conférences pan-européennes: Intérêt de principe, mais laisser la décision à l'ECE et la CSCE (Belgrade).
- C/1 Accord touristique: Pas nécessaire.
- C/2 Accord consulaire: La Suisse n'en conclut pas.
- C/3 Accord assistance judiciaire: Régulé par accords existants.

- C/4 Abolition des visas diplomatiques et de services: Position réservée.
- C/5 Visas touristiques en 48 heures: Correspond déjà à la pratique suisse.
- C/6 Coopération entre les radios et TV: Existe déjà, quoique sans accord formel. Pourrait être intensifiée.
- C/7 Conditions de travail des journalistes: Suisse accorde visas multiples aux journalistes étrangers résidents. Pourrait être élargi à journalistes vivant dans pays tiers (par ex. à Vienne).
- C/8 Programme de travail entre Pro Helvetia et l'Institut Hongrois des Relations Culturelles: Préavis positif.
- C/9 Traduction de livres: Problématique, pas du ressort gouvernemental.
- C/10 Manuels scolaires: Peut être traité entre les deux Commissions nationales pour l'UNESCO.
- C/11 Encyclopédies: Coopération sur base volontaire.
- C/12 Reconnaissance mutuelle des diplômes universitaires: Pas d'accord possible.
- C/13 Coopération entre universités: Préavis positif.
- C/14 Accord de santé: Pas en tant que tel, mais coopération médicale dans cadre accord scientifique.
- C/15 Programme de UNESCO concernant mise en oeuvre CSCE: Se déroule déjà.
- D/1 Groupe d'experts des MAE en prévision de Belgrade: Pas nécessaire.